

# Es braucht eine Policy der Stromeffizienz

Autor(en): **Marti, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2000)**

Heft 4: **Aargauer AKW-Front bröckelt**

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586901>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

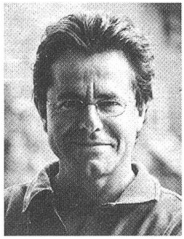
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Es braucht eine Policy der Stromeffizienz

Die Schweiz muss ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss in den nächsten 10 Jahren um 10 Prozent senken. Schon in den Rezessionsjahren stieg aber der CO<sub>2</sub>-Ausstoss weiter an, seit 1997 in verstärktem Mass. Zudem haben die Wirtschaftsverbände und das Volk Energieabgaben und Fördermassnahmen abgelehnt. «Jetzt ist der Tatbeweis der Wirtschaft gefragt,» spielt Hans-Luzius Schmid, Direktor des Bundesamtes für Energie (BFE), den Ball an die Verhinderer zurück. SES-Stiftungsrat Conrad U. Brunner glaubt nicht daran und fordert endlich eine härtere Gangart des Bundes.



Von Kurt Marti,  
Redaktor von  
«Energie&Umwelt»

«Beim CO<sub>2</sub>-Ausstoss haben wir einen Trend gegen oben, der völlig gegen die Zielsetzung läuft,» bringt der BFE-Vizedirektor Hans-Luzius Schmid das Problem auf den Punkt. Laut Zielvorgaben des Bundes und Versprechen der Wirtschaft hätte der Verbrauch an fossilen Energien dieses Jahr nicht höher sein dürfen als im Jahr 1990. Trotz Rezession in den 90er Jahren ist aber laut Schmid ein Anstieg von 8,9 Prozent zu verzeichnen.

Und es wird noch schlimmer: Mit dem Wirtschaftswachstum steigt der Energieverbrauch seit 1997 wieder massiv an. Schmid zündet die Alarmlampe: «Die vom CO<sub>2</sub>-Gesetz und den internationalen Verpflichtungen vorgegebene Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses werden wir mit der bestehenden Politik nie erreichen. Das zeigen unsere Szenarien ganz klar.» Mit der bestehenden Politik meint Schmid das Projekt Energie 2000 mit den freiwilligen Massnahmen und den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Schmid ist überzeugt, dass die bisherige Politik «wesentlich verstärkt» werden muss, um die vorgegebenen Ziele zu erreichen.

### Tatbeweis der Wirtschaft ist gefragt

Nach dem dreifachen Nein der Wirtschaft zu den Energievorlagen vom

24. September spielt Schmid den Ball zurück: «Jetzt ist der Tatbeweis der Wirtschaft gefragt.» Die Wirtschaft müsse nun verstärkt und aktiver mitarbeiten. Bisher sei deren Engagement «nur partiell» gewesen. Einzelne Branchen hätten mitgearbeitet, aber «nicht die ganze Wirtschaft». Schmid verweist auf die gesetzliche Grundlage: Gemäss Energiegesetz kann der Bund Vollzugsaufgaben der Energiepolitik an Organisationen der Wirtschaft übertragen. Mit solchen Energieagenturen trifft der Bund Zielvereinbarungen über den Energieverbrauch von Branchen, Fahrzeugen und Geräten, und zwar mit klarem Leistungsauftrag. Die neu gegründete Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) hat dann die Aufgabe, die Ziele auf freiwilliger Basis zu erreichen. Falls sich im 2004 abzeichnet, dass das 10-Prozent-Reduktionsziel nicht erreicht wird, kann der Bundesrat eine CO<sub>2</sub>-Abgabe einführen, welche im Extremfall bis zu 50 Rappen pro Liter Benzin betragen

könnte. Allerdings braucht es den Segen des Parlaments.

### Missbrauch der Freiwilligkeit ist programmiert

«Ich bin ein Skeptiker der Freiwilligkeit,» holte SES-Stiftungsrat Conrad U. Brunner die Hoffnungen des BFE-Vize auf den Boden zurück. Brunner glaubt nicht daran, dass es in den nächsten paar Jahren gelingt, die nötige Parlamentsmehrheit herzubringen, welche es für eine wirksame CO<sub>2</sub>-Abgabe braucht. Die notorischen Bremsen in der Energiepolitik haben nämlich im CO<sub>2</sub>-Abgabegesetz eine Notbremse eingebaut: Die Höhe der Abgabe hängt ab vom wirtschaftlichen und europäischen Umfeld. Brunner verweist auf seine 30-jährige Erfahrung in der Energiepolitik und folgert: «Freiwilligkeit ist eine Vereinbarung, die missbraucht werden kann.» Ohne harte Sanktionen laufe das Prinzip der Freiwilligkeit ins Leere. Der Wirtschaftsblock habe es verinnerlicht, dass man Vereinbarungen treffen kann, ohne mit Sanktionen zu rechnen.

### Reizvolle Vorschriften

Neben der CO<sub>2</sub>-Abgabe und den freiwilligen Leistungen stehen laut Schmid zwei weitere energiepolitische Instrumente zur Verfügung: Die finanziellen



Conrad U. Brunner: «Jetzt müssen wir vom Strom und vom Benzin reden.»

Anreize und die Vorschriften. Bei den finanziellen Anreizen schlägt Schmid eine Erhöhung von jetzt 50 Millionen auf das Doppelte vor. Das Projekt Energie 2000 sei mit den minimalen 50 Millionen «stark eingeschränkt» gewesen. Das BFE wird laut Schmid versuchen, im Rahmen der eidgenössischen Budgetdebatte im Parlament eine Erhöhung auf 100 Millionen zu erwirken. Was Schmid nicht will, ist eine Stop-and-Go-Politik, welche keine langfristige Planung erlaubt. «Wir wollen nicht jedes Jahr dieses Theater mit dem Auf und Ab des Budgets. Eine Erhöhung muss stabil bleiben.» (Anmerkung der Redaktion: Der Nationalrat hat Ende November den verlangten Zusatzkredit ganz knapp abgelehnt.)

Conrad U. Brunner hofft, dass Schmid mit «EnergieSchweiz», dem Nachfolgeprogramm von Energie 2000, «noch einen Zacken zulegen wird.» Und für einmal sparte er nicht mit Lob am BFE-Vize: «Herr Schmid gehört für mich zu den robustesten Menschen in der Energiepolitik. Ohne ihn wäre es noch viel schlimmer herausgekommen.» Brunner präsentierte gleich einen Vorschlag, um das Budget von EnergieSchweiz aufzustocken: Der Preisaufschlag beim Erdöl bringe auch Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer. Falls sich das Erdöl um 1 Milliarde verteuert, ergibt das 75 Millionen zusätzliche Mehrwertsteuern. «Das wäre doch eine schöne Aufbesserung für EnergieSchweiz.»

### **Ermunterungen und ein wenig Musik**

Damit war der Minnesang bereits zu Ende. Beim Instrument der Vorschriften lagen sich Schmid und Brunner wieder tüchtig in den (mittlerweile stark ergrauten) Haaren. Laut Energiegesetz kann der Bundesrat für serienmässig hergestellte Fahrzeuge und Geräte in einem ersten Schritt mit den Herstellern und Importeuren Verbrauchszielwerte vereinbaren. Kommt keine Vereinbarung zustande, kann der Bundesrat in einem zweiten Schritt Verbrauchszielwerte erlassen und in einem dritten Schritt Verbrauchsvorschriften zwingend vorschreiben, sofern die Zielwerte freiwillig nicht erreicht werden. Laut Schmid ist der dritte Schritt erreicht, das heisst die Freiwilligkeit hat bei den Geräteverkäufern und Autoimporteuren kläglich versagt. Schmid dazu: «Wir können jetzt bei den Geräten Zulassungsvorschriften erlassen. Bei den Mo-



**Hans-Luzius Schmid:** «Beim CO<sub>2</sub>-Ausstoss haben wir einen Trend gegen oben, der völlig gegen die Zielsetzung läuft.»

torfahrzeugen läuft die Verordnung noch, aber ich nehme an, dass die Ziele, die vorgegeben wurden (minus 15 Prozent innert 5 Jahren) auch nicht erreicht werden, so dass der Bundesrat ebenfalls Zulassungsvorschriften erlassen kann.» Mit anderen Worten, der Bundesrat kann den Import von Autos mit hohem Benzinverbrauch einschränken. Zur Zeit ist das BFE «am Entwickeln der Strategie.» Dann werde man die Sache mit Bundesrat Moritz Leuenberger diskutieren und schliesslich müsse der Gesamtbundesrat entscheiden.

Die abwartende Haltung des BFE und des Bundesrates fand bei Brunner keine Gnade. Das BFE habe bloss «allgemeine Ermunterungen» gemacht, «ein wenig Musik dazu gespielt» und sich nicht geniert, alle Jahre zuzugeben, dass der Benzinverbrauch nicht auf dem Senkpfad sei, welcher von der entsprechenden Verordnung zur Absenkung des Treibstoffverbrauchs (VAT) verlangt wird. Dasselbe Lied bei den Elektrogeräten: «Sieben Jahre hat man es mit Vereinbarungen versucht und grosse Evaluationen laufen lassen. Am Schluss haben alle Kategorien die vereinbarten Ziele nicht erreicht.» Das wisse man schon seit 1997. Seither müsste der Bundesrat Vorschriften zu erlassen. Aber bis heute ist dies nicht geschehen. Jetzt sei es höchste Zeit für Vorschriften, «ohne Rücksicht auf das Gejammer der Gerätebranchen.»

Einen weiteren Schwerpunkt sieht Schmid bei den Gebäudevorschriften.

Diese liegen in der Kompetenz der Kantone und Schmid forderte, «den verbesserten Stand der Technik in die Vorschriften einzubeziehen.» Der politische Wind blase allerdings auch hier gegen eine Verschärfung. Für Brunner sind die Energieeinsparungen bei den Gebäuden ein Beispiel dafür, dass Vorschriften wichtig sind. Man habe zwar immer über «das Vorschriftenbusiness» gelacht, aber ohne die «ekelhaften K-Wertvorschriften» wäre man heute nicht so weit. Bei den Gebäuden habe man etwas erreicht und das müsse man auch politisch verständlich machen.

### **Augenmerk auf Benzin und Strom**

Weiter warnte Brunner vor der «gebäudeorientierten Denkweise». Das BFE müsse nun die Priorität auf den Treibstoff- und den Stromverbrauch richten. Schmid habe Anfang der 90er Jahre zusammen mit Bundesrat Adolf Ogi gesagt, der Stromverbrauch solle bis 2000 stabilisiert werden. Tatsächlich sei der Stromverbrauch um 10 Prozent gestiegen. Ebenfalls der Benzinverbrauch werde ohne Gegenmassnahmen stark zunehmen. Wenn wir über den Ausstieg aus der Atomtechnologie und über den Klimaschutz sprechen, dann müssen wir über die Elektrizität und die Treibstoffe reden. Wir haben keine Policy, welche die Energieeffizienz beim Strom zum Inhalt der nationalen Energiepolitik macht.» □